

(Unruhe - Zuruf von der SPD: Seit wann ist denn das noch Zentralorgan?)

im „Neuen Deutschland“ wurde erst gestern dazu Stellung genommen

(Heiterkeit bei CDU/DA und DSU)

und damit vor dem ganzen Volk deutlich gemacht, daß dieses Ereignis ein Ereignis ist, das ohne Zweifel für die Geschichte unseres Volkes nicht das ist, als was es einmal durch die SED charakterisiert worden ist. Es war ohne Zweifel der Wille und die Entschlossenheit von Arbeitern, begonnen in der Hauptstadt und sich fortsetzend über das Land, die Situation zu ändern. Und es waren darin - das glaube ich - mit aller Deutlichkeit auch Forderungen und der Wunsch nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten schon damals enthalten.

(Schwacher Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Es ist jetzt schon eine Frage zugegeben worden. - Der nächste Redner ist für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Schröder.

Schröder für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD ist selbstverständlich wie die anderen Koalitionsparteien auch für die deutsche Einheit. Sie ist nicht und will auch nicht sein eine Partei der Verzögerung der deutschen Einheit.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Wir halten uns an die Koalitionsvereinbarung, die, wie Sie wissen werden, in der Präambel sagt: Wir wollen die Einheit Deutschlands nach Verhandlungen mit der Bundesrepublik auf der Grundlage des Artikels 23 zügig und verantwortungsvoll für die gesamte DDR gleichzeitig verwirklichen und damit einen Beitrag zur europäischen Friedensordnung leisten. Dazu stehen wir, und dabei soll es nach unserem Willen auch bleiben.

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Wir haben Verständnis dafür, daß manche sich diesen Akt der Einigung möglichst schnell denken und vielleicht möglichst gleich heute. Aber wir müssen uns klarmachen: Das Gute zur Unzeit kann schlecht sein, und das wollen wir diesem Projekt der deutschen Einigung nicht antun, daß es eine Fahrt mit Achsbruch oder eine Fahrt mit Verstimmungen wird.

Mit dem Beitrag zum Geltungsbereich des Grundgesetzes würden diese Regierung und dieses Parlament ihre Tätigkeit einzustellen haben; denn im Geltungsbereich des Grundgesetzes gibt es einen Bundeskanzler und einen Bundestag, aber nicht außerdem noch einen Ministerpräsidenten daneben und nicht eine Volkskammer daneben. Das dürfte wohl allen klar sein.

(Unruhe)

Deshalb stimmen wir mit dem Ministerpräsidenten darin überein, daß diese Regierung und auch dieses Parlament zwar die Aufgabe haben, sich überflüssig zu machen - darüber gibt es keine Meinungsunterschiede -

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

aber bitte nach getaner Arbeit!

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Der Staatsvertrag war die eine Arbeit. Wir haben sie ja noch nicht ganz hinter uns, was das Schwitzen betrifft zwar wohl, aber das Inkraftsetzen muß noch kommen. Daneben stehen uns noch drei weitere Arbeiten bevor: Wir müssen die Modalitäten des Beitritts vereinbaren. Dies muß nach meiner Einsicht zwischen zwei Regierungen geschehen, und deswegen kann es nicht zu dem Zeitpunkt geschehen, zu dem wir dem Geltungsbereich beigetreten sind. Der sogenannte zweite Staatsvertrag muß vor dem Vollzug des Beitritts unter Dach und Fach sein. Anderenfalls kommen wir nicht zu vernünftigen Übergangsregelungen namentlich in den Rechts- und Eigentumsfragen.

(Beifall)

Zweitens: Wir müssen die Länder einrichten.

(Zwischenruf: Jawohl!)

Wir wollen ja dieses Dach DDR abbauen. Es ist wichtig, daß dann die anderen, kleineren Dächer der fünf Länder stabil sind, regen- und sturmfest, und das muß auch noch von uns vorbereitet und geleistet werden.

Und drittens: Wir wollen den deutschen Einigungsprozeß im Einvernehmen mit den Großmächten und den Nachbarn vollziehen. Gesetzt den Fall, daß wir heute den Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz anwenden würden, dann würde heute abend die Sowjetunion erfahren, daß sie 400 000 Soldaten auf dem Gebiet des Geltungsbereiches des Grundgesetzes hat. So kann man mit der Sowjetunion nicht umgehen.

(Beifall)

Wir haben im Koalitionsausschuß vereinbart, daß wir vom 2. Juli an die Frage der Wahltermine besprechen und zu einer Meinungsbildung kommen, und wir denken, es wäre gut gewesen, wenn sich alle daran gehalten hätten.

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Die Umstellung und Einstellung auf die Umstellung der Währung beschäftigen unsere Bevölkerung intensiv. Ich finde es nicht gut, wenn wir die Themen, die alle nacheinander sinnvoll geklärt und geregelt werden müssen, aus Ungeduld übereinanderpacken. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Nooke (Bündnis 90/Grüne):

Herr Schröder, halten Sie für eins der wichtigsten oder für das erste Thema überhaupt, daß wir einen Rechtsstaat haben und dafür eine Verfassung brauchen und daß es Abgeordneten in diesem Hause schwerfällt, ohne Verfassung und ohne Rechtsstaat ein Parlament oder eine Justiz arbeiten zu lassen und nicht zu wissen, was da alles noch passiert? Wir hatten das Problem schon jahrelang. Ich habe damit auch meine Mühe.

Schröder (SPD):

Ich sage dazu gern etwas. Erstens: Ich hätte es gern gesehen, wir hätten die Verfassungsfrage anders geregelt, als sie sich im jetzigen Zustand befindet. Das habe ich von diesem Rednerpult aus schon einmal gesagt und brauche es nicht im Detail zu sagen.

Zweitens: Der Beitritt zum Grundgesetz verschafft uns in bestimmter Hinsicht - der sofortige Beitritt - zwar Rechtssicherheit, aber er verschafft auch Rechtsprobleme, der sofortige, wohlgemerkt! Aus dem Grund, weil wir in dem Moment der Eigentumsordnung des Grundgesetzes und der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes unterstehen würden. Wir wollen aber zuvor die Folgen der bisherigen Eigentumsprobleme überführen, und das wollen wir aushandeln. Darf ich einmal darauf hinweisen, daß diejenigen, die § 218 nicht in den Ländern der DDR haben wollen, auch darüber verhandeln müssen, bevor sie sich dem Grundgesetz unterstellen!

(Beifall bei SPD und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Als nächster spricht von der Fraktion... Moment bitte, Herr Krause wollte noch eine Frage stellen. Das wird Herr Schröder mit Sicherheit nicht verwehren. Bitte, Herr Abgeordneter Krause.

(Heiterkeit und Beifall)

Dr. Krause (CDU/DA):

Herr Kollege Schröder! Zum Eigentum bzw. zu den Vermögensfragen haben beide Regierungen bereits eine politische Erklärung abgegeben. Sehen Sie in der politischen Erklärung eine gute Basis für den zweiten Staatsvertrag?